

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1840

12.4.1840 (No. 102)

Vorausbezahlung.
Ganzjährlich hier 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.

Karlsruher Zeitung.

Einkaufsgebühr.
Die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder franko.

Nr. 102.

Sonntag, den 12. April

1840.

Deutsche Bundesstaaten.

Bayern. München, 7. April. Heute wurde in der Kammer der Abgeordneten unter Anderm über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe in Betreff des Nachdruckgesetzes berathen. Die Amendements wurden theils angenommen, theils abgelehnt. Auf ihren von der Kammer der Reichsräthe verworfenen Wünschen, in Betreff der Zensur und eines Preßgesetzes, glaubte die Kammer nicht bestehen zu sollen. Auf die in dieser Beziehung zwischen dem Antragsteller (Fhrn. v. Thon-Dittmer) und dem kgl. Minister des Innern gewechselten Aeußerungen werden wir zurückkommen. (W. M.)

München, 8. April. Die Ständeversammlung ist um zwei Tage verlängert; ihre Wirksamkeit schließt demnach Freitag, den 10. April, Abends. — In mehreren deutschen Blättern ist die Notiz enthalten, Se. K. H. der Kronprinz von Bayern würde die heilige Woche in Jerusalem zubringen, während derselbe sich hier befindet, und von einer bevorstehenden Reise nach dem Orient im Publikum nichts bekannt ist. (A. 3.)

Freie Stadt Frankfurt. Frankfurt, 6. April. Den Freunden der Muse Friedrich Rückert's wird es angenehm seyn, zu vernehmen, daß demnächst dahier eine Auswahl aus seinen in sechs Bänden gesammelten Gedichten (mit des Verfassers und des Verlegers Genehmigung) erscheint. (A. 3.)

Hannover. 4te Sitzung der ersten Kammer der allgem. Ständevers. vom 23. März. In der stattfindenden zweiten Berathung über das kgl. Kabinetsschreiben vom 19. d. M., betreffend die Vollmachten einiger Mitglieder der 2ten Kammer, ward zuvörderst aus den Akten de 1831, 1833 und 1836 referirt, in welchen Anstellungen gegen Vollmachten einzelner Deputirten zweiter Kammer vorgekommen waren, weil in dem einen Falle ein Wahlmann nicht zu Wahl zitiert worden, in dem zweiten von dem Wahlkommissar und den Bürgervorstehern und in dem dritten Falle von zwei Wahlmännern die Vollmacht nicht unterschrieben gewesen. Diese Mängel waren theilweis nachträglich verbessert, theilweis ohne vollständige Aufklärung auf sich beruhen geblieben, jedoch in keinem Falle eine Nichtigkeit der betreffenden Vollmachten angenommen. Man erneuerte hierauf von der einen Seite die Bedenken gegen die sofortige Anerkennung der Gültigkeit der jetzt in Frage stehenden Vollmachten aus den schon in voriger Abstimmung hervorgehobenen Gründen. Von anderen Seiten wünschte man gleichfalls die reiflichste Erwägung, hielt aber nach den jetzt bestehenden Wahlgesetzen die fraglichen Vollmachten für durchaus gültig, und die Anerkennung für unbedenklich, weil die mit öffentlichem Glauben versehenen Wahlprotokolle deutlich ergäben, daß die Mehrheit der Vertheilten nicht protestirt, sondern die Vornahme der Wahl ernstlich gewollt habe; weil die absolute Majorität nur nach der Zahl der an dem Wahlakte wirklich Theilnehmenden zu berechnen, die Protestirenden als nicht erschienen zu betrachten, und die Nichtigkeit der Wahl gesetzlich nirgend dafür ausgesprochen sey, wenn nicht sämtliche Wahlmänner die Wahl vollzogen, vielmehr nach Analogie des Konkursverfahrens und der Wahlgese anderer Staaten durch die Mehrheit der Erschienenen die Minderzahl nothwendig gebunden werden müsse, dafern man zu einem festen Principe gelangen und nicht die wohlverworbenen Rechte Derer kränken wolle, welche vertreten zu seyn begehren; weil man dabei nicht vergessen dürste, daß der Wahlmann nicht Organ des Landes sey, sondern zwischen beiden noch eine Mittelsperson stehe, und daß derselbe lediglich die Pflicht habe, sein Mandat zu vollziehen, indem es durch die Einräumung weiterer Befugnisse am Ende dahin gelange, eine neue Art Provinzialstände zu erhalten; und weil endlich gefährliche Konsequenzen aus der Befolgung der obigen Grundätze um so weniger zu besorgen wären, als bei ländlichen Wahlbezirken, die keine Korporationen seyen, durchaus andere Grundätze stattfänden. Nach längerem Debatten ging bei der Abstimmung der Beschluß dahin: unter Aufhebung des früheren Beschlusses, eine gemeinschaftliche Kommission von 3 Mitgliedern jeder Kammer zur Prüfung der Frage: ob die fraglichen Vollmachten (mit Ausnahme der für den Deputirten der Stadt Verden, deren Gültigkeit man für zweifellos hielt) als gültig anzusehen seyen? niederzusetzen. (H. 3.)

Von der Rechten, 2. April. Wir erhalten so eben die Meldung aus Schüttert, daß die in der dort am 30. v. M. stattgehabten Urwahl neugewählten Wahlmänner, in Uebereinstimmung mit dem Magistrat und den Bürgervor-

stehern, sich, statt der bisherigen jedesmaligen Ablehnung, zur Wahl eines Deputirten entschlossen haben. Es wurde gewählt: primo loco unanimiter Hr. Advokat Detmold zu Hannover; zum Substituten desselben mit 8 Stimmen gegen 1 Herr Altermann Breusing zu Osnabrück. (Die Münstersche Zeitung, der wir dies entnehmen, macht hierzu folgende Bemerkung: „Aus Schüttert selbst erhalten wir eine Menge Details über das bei obiger Wahl Vorgefallene, die sich jedoch nicht zur öffentlichen Mittheilung eignen.“ Da Detmold bekanntlich vom hannoverschen Kabinet als zu denjenigen gehörend bezeichnet wird, die nicht aus der Stadt gehen dürfen, und Breusing zu den Hauptopponenten gehört, so wird zweifelsohne das Kabinet die Wahlen nicht annehmen.) (W. M.)

Nassau. Wiesbaden, 1. April. Zu den Resultaten der auf das materielle Wohl des Landes hauptsächlich berechneten Verhandlungen des letzten Landtags gehören die Bewilligung der Fonds zur Erbauung eines neuen Irrenhauses zu Eberbach, der Schiffbarmachung der Lahn von Weilburg Stromaufwärts, und die neue Regulirung der Waldsteuer. Das bisher in den Händen der vormaligen Abtei Eberbach neben dem Korrekthaus (Arbeitshaus und Besserungsanstalt) befindliche Irrenhaus entsprach den gesteigerten Anforderungen der Zeit nicht mehr. Von dem verstorbenen Herzoge wurde daher der Entschluß gefaßt, ein neues, von der Korrekthaus getrenntes Irrenhaus in dem schönsten Theile des Rheingaus zu erbauen zu lassen, und die Ausführung des Plans dem Landbaumeister G. Zais, einem Architekten von wissenschaftlicher und Kunstbildung, richtigem Blick, Geschmack und Phantasie, übertragen. Nach dem von den Landständen genehmigten Plan, zu dessen Ausführung vorläufig 250,000 fl. in Aussicht genommen worden sind, wird dieses Irrenhaus, in Form einer römischen Villa, auf einer Anhöhe unweit Eberbach, mit der herrlichsten Aussicht, erbaut, und das für Deutschland werden, was das berühmte Irrenhaus zu Aversa im Königreich Neapel ist. Der Umfang dieser Heilanstalt ist für 200 Leidende (67 weiblichen und 133 männlichen Geschlechts) berechnet. Die Frauen sowohl als die Männer werden in vier Abtheilungen eingetheilt, nämlich die heilbar ruhigen; die unheilbar ruhigen; die heilbar und unheilbar unruhigen; und die unreinen, schrei- und tobsüchtigen Irren. Die an der Epilepsie Leidenden bilden eine Abtheilung für sich und werden in einem besondern, von der neuen Irrenanstalt getrennten Gebäude untergebracht. Eine jede der vier ersten Abtheilungen ist wieder nach Stand, Bildung und Vermögen in vier Klassen eingetheilt. Die Abtheilungen sind von dem in der Mitte liegenden Administrationsgebäude getrennt, aber durch Kolonnaden, die bei schlechter Witterung den Irren zu Spaziergängen dienen. Die innern baulichen Einrichtungen sind der Art, daß die Vergitterungen der Fenster weggelassen, und somit jede Vorstellung von gewaltsamer Einsperrung entfernt wird. Die Angelegenheiten der Heilanstalt sind heiter und reizend, und werden mit geschmackvollen Anlagen versehen, um zur Unterhaltung, gefälligen Zerstreuung oder mäßigen Arbeit der Unglücklichen zu dienen. — Seit dem Jahr 1810 ist die Lahn von ihrer Mündung bis nach Weilburg hinauf schiffbar. Durch das neue, von den Landständen genehmigte Projekt soll dieselbe, im Einverständnis mit Preußen, Hessen und Kurhessen, nunmehr bis nach Warburg schiffbar gemacht werden. — Durch die neue Regulirung der Waldsteuer, wodurch den Waldgrundbesitzern, größtentheils aus dem höhern Adel des Landes bestehend, eine weit größere Steuerquote als bisher abgefordert wird, ist eine bis dahin bestandene Abgabengleichheit, zur Befriedigung der übrigen Steuerpflichtigen, ausgeglichen worden. (A. 3.)

Württemberg. Stuttgart, 10. April. Seit einigen Tagen befindet sich in dem hiesigen Katharinenhospital ein junges Mädchen, welches von der Krankheit befallen ist, die man neuerdings das „Besessenjen“ zu nennen beliebt hat. Angeblich spricht eine grobe, rauhe Stimme aus ihr, welche „des Teufels Bruder“ angehören soll, während die natürliche Stimme des Mädchens die gewöhnliche weibliche ist. Die Patientin hat ein ungewöhnlich bleiches Aussehen, ist ohne Zweifel hysterisch, und man befürchtet, daß sie eine Auszehrung bekommen werde. (H. 3.)

Belgien.

Brüssel, 7. April. Der heutige „Moniteur“ enthält die kgl. Beschlüsse vom 5. d. M., wodurch die Abdankungen der Herren Lebeau und Rogier ange-

Feuilleton.

Frankreich im Beginn von 1840.

(Fortsetzung.)

Die Zeit der republikanischen Hauptreaktion ist noch nicht gekommen; so lange der König ihrer Wahl mit fester Hand das Szepter führt, wird sie auch nicht kommen. Doch einen Erbkönig wollen sie nicht, die Leute, die das Wort erblich aus allen Regiern Frankreichs gestrichen; der Sohn des Pairs soll nicht Pair werden; der Sohn des Finanziers nicht die Millionen seines Vaters erben; warum soll der Sohn des Wahlkönigs Erbkönig werden? Durch immerwährende Umwälzungen soll der Fortschritt Frankreichs sich beurkunden; und wie sie glauben, daß die Reichthümer dem Lande nur fruchten können, wenn sie in stetem Wechsel durch viele Hände gehen, so soll auch die höchste Gewalt in fortschreitender Vervollkommnung vom Würdigen zum Würdigen übergehen. Doch nicht auf Frankreich allein soll diese Reaktion sich beschränken: die Propaganda will um sich greifen, Frankreich soll einem großen Strome gleichen, der aus seinen Ufern tritt, die benachbarten Länder zu befruchten.

Ueber die Form ihrer Republik sind sie unter sich nicht einig; die einen haben sich die nordamerikanischen Freistaaten als Vorbild genommen; viele unter ihnen, reine Theoretiker, sehen in den Republiken des Alterthums den Kulminationspunkt menschlicher Vervollkommnung; Freiheit und vorzüglich Gleichheit sind immer die Losungsworte; doch nicht bürgerliche Freiheit, noch Gleichheit vor dem Gesetze — es ist die zügelloseste Freiheit zu Unruhen und Erzeßen aller Art, die sie wollen, und unter Gleichheit ist nur die Gleichheit des Vermögens gemeint: das Recht des Wagners auf den Beutel des Possidenten. Doch der größte Theil der beweglichen Volksmasse verlangt den Kaiser als Chef der Republik — dies Bild lächelt sie alle an; es schmachtet ihrer Eitelkeit, und nährt ihren Ehrgeiz; die Fibern von

Millionen Franzosen zuden beim Namen des großen Kaisers; deshalb sind sie Bonapartisten. Daß der Kaiser todt und begraben und seine Gebeine auf einem Felsen im Ozean modern, das stört sie nicht, sie sind doch Bonapartisten, und zwar größtentheils in jenen Klassen, welche bei Bewegung und Umwälzung den Einschlag geben. Die Armee ist es fast durchaus, ferner jene Klasse von Arbeitern, welche von einem Tag zum andern leben, die man nie auf den Straßen der Hauptstadt sieht, als wenn ein großer Sturm am politischen Horizonte sie den Unken und Molchen gleich auf die Oberfläche der Erde spreit: es sind die Buchdrucker, Lithographen und jenes Heer von Fabrikarbeitern. Frägt man sie aber, welchen Bonaparte sie wollen, welches Glied des ehemaligen Kaiserhauses der Erde ihrer Verehrung sey, so weiß es keiner, und die wenigen, die es zu wissen glauben, sind mit sich selbst und ihren nächsten Verbündeten nicht einig. Eine kleine Partei ist für Louis Bonaparte, seitdem die ungeschickte Wichtigkeit, welche die französische Regierung auf seine Gegenwart in Aremberg legte, ihn für seine strasburger Episode rehabilitirt und zum Prätendenten geschaffen. Doch hat er sich in Hände von Abenteurern begeben, und seine nächsten Anhänger fangen an, von ihm abzulassen. Andere wenden sich nach dem ältesten Bruder Napoleon's, dem kaufmännischen Grafen von Surville's, noch andere nach andern, und viele nach keinem; doch wollen sie Veränderung und Umsturz des Bestehenden, sind Republikaner und heißen Bonapartisten. So unfinnig dieses klingt, so ist es doch allein diese Partei, die ernstlich Frankreich bedroht; sie haben die meisten Chancen für sich, denn die bewegliche Volksmasse, die stärksten Arme und die heißesten Köpfe sind für sie, und an ihrer Spitze stehen Leute von hohen Geistesgaben und hinreißender Beredsamkeit — Leute, die nichts zu verlieren haben, die seit zehn Jahren von nichts sehr viel geworden sind, und nun Alles werden wollen. Sie sitzen in ihren Kabinetten und berechnen kalten Blutes, was sie zu hoffen und zu befürchten haben; sie ziehen eine Parallele zwischen ihren Kräften, denen der Umwälzung, und den

nommen werden. — Dasselbe Blatt meldet ferner: Durch Beschluß vom 5. April hat der König den Hrn. Rothomb zu seinem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim deutschen Bundestag ernannt. — Hr. Lebeau ist gestern in den Palast berufen worden, und hatte eine Unterredung mit dem Könige. Es ist nicht zweifelhaft, daß sich diese Unterredung auf die Bildung eines neuen Kabinetts bezog.

Frankreich.

*r. Paris, 8. April. Der Herzog v. Broglie, der ernannte Referent über die geheimen Gelder in der Pairskammer, soll noch vor Ende dieser Woche mit seinem Bericht vor die hohe Kammer treten. Der edle Herzog gehört bekanntlich zu den dem Hrn. Thiers Freundschaftsgewinnenden. — Der Antrag des Hrn. v. Remilly ist heute in öffentlicher Kammer Sitzung vorgelesen worden. Nach dem, was bisher mit diesem Entwurfe sich ereignet, sollte man wirklich an einen Rollenwechsel glauben: denn die 221 benehmen sich gewiß nicht konservativisch, während die Linke mit ungemeiner Mäßigkeit zu Werke geht. Handelt es sich um bloße Persönlichkeiten, so ist dies ein sehr gefährliches Spiel. Natürlich kommt die Linke, durch den Widerstand und die Reclerei der 221 gereizt, auf den Gedanken der Auflösung zurück. — Die heutigen Blätter sind größtentheils mit Notizen über das in den 9 Kammerabtheilungen Vorgegangene angefüllt. Am interessantesten war die Besprechung im 2ten Bureau. Die Minister, so wie ihre Freunde erklärten sich gegen den Antrag des Hrn. v. Remilly. Es haben gestern die namhaftesten Mitglieder der Kammer das Wort genommen, u. A. die H. J. Janvier (221), Mauguin (213, aber unabhängig von Thiers), Odilon Barrot und Thiers selbst. Von der äußersten Linken nahm Hr. Garnier Pagés Theil an der Verhandlung. Natürlich kam bei dieser Gelegenheit auch die von den Radikalen angeregte Wahlreform zur Sprache, gegen welche sich die Minister unumwunden erklärten. — Hr. Muret (de Vord) hat vor seiner Abreise sein Referat über das Rentenumwandlungsgesetz der Kommission zurückgelassen. Das Kabinet nimmt in dieser Beziehung die Arbeit seiner Amtsvorgänger an. Man zweifelt keineswegs, daß die Mehrheit der Deputirten sich für die Konversion erkläre, allein in der Pairskammer scheitert das Projekt gewiß wieder. — Ueber die letzten Zustände in Kons le Saulnier sind gestern beruhigende Nachrichten eingelaufen. Der königl. Gerichtshof zu Besancon ist mit Untersuchung der Sache beauftragt. Uebrigens ist nur eine Stimme des gerechten Unwillens gegen die Ruhestörer. — Der Sohn des Herzogs v. Decazes ist zum Kabinetsschreiber des H. Thiers ernannt, wie ein legitimistisches Blatt versichert. — Die Verläumdungsklage des „Courrier francais“ gegen die „Union“ wird den 11. d. M. zur Verhandlung kommen. — Am festigsten gegen das Ministerium spricht sich das „Pays“ (Hr. v. Salvaudy) aus. Die „Presse“ und das „Journal des Debats“ haben von ihrem früheren Feuersifer gegen das Kabinet nachgelassen. — Die Ernennung des Kammersekretärs konnte gestern nicht beendigt werden. Zwar hatte Hr. Berger die Mehrheit, allein nicht die absolute. Die Kammer beginnt heute mit dieser wichtigen parlamentar. Handlung. N. S. Die Wahl eines Sekretärs fand heute in der Deputirtenkammer statt. Zahl der Stimmenden: 369; absolute Mehrheit 185; Hr. Berger erhält 191, Hr. Duesnault 164 Stimmen. Die Majorität für den ministeriellen Kandidaten war, wie man sieht, ziemlich gering. — Pairssitzung vom 8. April. Es wurde ein Gesetzentwurf in Bezug auf die Pensionen der Gynangbeamten und der beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Angestellten angenommen.

* Paris, 8. April. Hr. Jouffroy, der Minister des öffentlichen Unterrichts, ist ebenfalls in seinem Wahlbezirk (Pontarlier) mit 147 aus 173 St. wieder zum Deputirten gewählt worden. — Die pariser philanthropische Gesellschaft, welche jährlich an 400,000 Portionen Suppe austheilt, hat zu ihrer Freude in den letzten Tagen eine bedeutende Abnahme in der Zahl der Gesuche um solche erfahren, was anzeigt, daß die Noth oder das Elend der ärmeren Klasse, wenigstens für den Augenblick, merklich abnimmt. Letzten Donnerstag waren 2400 Portionen bereitet und wurden nur 1200 verlangt. — Ein gegenwärtig in Paris befindlicher bayerischer Mechaniker, Namens Unterholzner, will eine Flugmaschine, mit der er in beliebige Höhe aufsteigen und beliebig sich dirigiren könne, erfunden haben, und schlägt nun den Behörden vor, ihm einen Platz in den Champs Elysées zur Anstellung seines Flugkunststücks einzuräumen.

*r. Marseille, 5. April. Aus Malta wird unterm 28. März gemeldet: „Der „Sesostris“ ist diesen Morgen mit Scheib Effendi, türkischem Botschafter an englischen Hofe, so wie mit dem französischen Reisenden in Abyssinien, Hrn. Lefebvre, welcher — mit 4 jungen Abyssiniern — nach Frankreich zurückkehrt, an Bord, eingelaufen.“ — Der Herzog v. Serra-Capriola, neapolitanischer Botschafter in Paris, ist den 3. d. in Marseille eingetroffen. Der Herzog v. Montebello, französischer Botschafter in Neapel, wird sich nun bald nach Neapel einschiffen. Der Prinz Castel-Cicala ist ebenfalls heute in Marseille angekommen.

Verchiedenes.

Mainz, 1. April. In wenigen Tagen tritt unsere Operngesellschaft, wenigstens 100 Personen stark, die Reise nach London an, woselbst am 15. April ihre ersten Vorstellungen beginnen. Die Nachrichten, die dieser Tage von dort über die Vorkehrungen eingetroffen sind, erscheinen als äußerst günstig. Von den höchsten Personen, die königl. Familie mit einbezogen, sollen bereits die ersten Ranglogen in Beschlag genommen seyn, wobei nur zu beklagen, daß das St. Jamesstheater, worin die Vorstellungen Statt finden, eins der kleinsten in London ist. Von deutschen Opernotabilitäten, welche unseren Direktor Schumann nach London begleiten, nenne ich für die erste Hälfte der Saison die H. Beck und Schmezer aus Braunschweig, Gise aus Wiesbaden, Frln. Hasselt aus München und Frau Fischer-Schwarzböck [?] aus Karlsruhe. Für die zweite Hälfte der Saison sollen gewonnen seyn: Hr. Haizinger [?] aus Karlsruhe, Hr. Staudigel aus Wien, Frln. Luger aus Wien und Frln. Hasemann aus Berlin. Man sieht, Direktor Schumann bringt eine Oper nach London, wie noch keine deutsche daselbst war, und um so eher darf auf ein Gelingen des Risikountersnehmens gehofft werden. (S. 3.)

*e. Frankfurt, a. M. 2. April. In dem Bau unserer neuen Börse ist vorläufig ein Stillstand eingetreten. Nachdem nämlich die alten Gebäulichkeiten vor der Paulskirche niedergegriffen waren, haben die Inhaber der gegenüberliegenden Häuser ein altes Dokument vorgebracht, nach welchem dieser Platz freigelassen und nicht von Neuem verbaut werden dürfe, wenn die alten Gebäulichkeiten einmal niedergegriffen werden sollten. Man vernimmt nun, daß die städtische Behörde einen anderen und wirklich noch geeigneteren Platz für den neuen Börsebau anzuweisen werde. Bis zur Erledigung der Sache müssen alle weiteren Bauarbeiten unterbleiben. — Hofrath Werly, welcher durch eine Reihe von

Großbritannien.

London, 4. April. Es war Hr. Warburton, ein Gegner des Korngesetzes, welcher gestern den Antrag stellte, das Haus solle sich vertagen, ohne daß vorher über den Antrag des Hrn. Villiers abgestimmt worden war. Eine Abstimmung am Schlusse der gestrigen Sitzung wäre, abgesehen von dem Eindrucke der Rede Sir. R. Peels, schon deswegen für die Gegner des Korngesetzes sehr ungünstig ausgefallen, weil Viele der Ihrigen bereits das Haus verlassen hatten, in der Meinung, daß es in keinem Falle mehr zur Abstimmung kommen werde. — Bei dem Ballfeste des Marquis Lansdowne tanzte in der 1. Quadrille die Königin mit dem Grafen Shelburne, dem ältesten Sohne, und Prinz Albert mit Lady E. Fitzmaurice, der Tochter des Marquis Lansdowne. Einer der Walzer, welche Weippert's Musikcorps spielte, war von Prinz Albert komponirt.

* London, 6. April. Nachstehende Uebersicht zeigt den erfreulichen Mehrbetrag der Staatseinnahmen des eben abgelaufenen Trimesters gegen die entsprechenden Trimester der drei letzten Jahre, wobei der, fast alleinige, Minderertrag der Post (wegen der so bedeutenden Herabsetzung des Briefporto's leicht erklärlich und für den Anfang auch nicht anders zu erwarten gewesen) weniger wesentlich erscheint:

Table with 5 columns: Year (1837, 1838, 1839, 1840), Zölle, Accise, Stempel, Steuern (Taxes), Post, and Pf. St.

Der „Examiner“ sagt, die so hinausgelangte Stockung in dem Handelsverkehr und der Fabrikation in den englischen und schottischen Manufakturstädten dauere zwar im Allgemeinen noch fort, werde aber doch einigermaßen durch einzelne auftauchende Anzeichen wieder auflebender Thätigkeit tröstlicher gemacht. — Der Herzog von Portland hat es abgelehnt, in der gegenwärtigen Korngesetzfrage auch seine Meinung einzulegen, und läßt seinen Pachtsassen völlig freie Willensäußerung für oder gegen in dieser Sache (mittelfst Petitionen u. s. w.).

Italien.

Königreich beider Sizilien. Neapel, 31. März. Die Rüstungen in Sizilien dauern mit stets zunehmender Thätigkeit fort. Die königl. Dampfschiffe sind in ununterbrochener Bewegung und führen täglich zahlreiche Truppenabtheilungen aller Waffengattungen hinüber. Heute Nacht sind zwei Regimenter Linie auf Segelschiffen eingeschifft worden und nach Palermo abgesegelt. Im Ganzen mögen bis jetzt 30 bis 35,000 Mann nach Sizilien abgegangen seyn. Die Kavallerie, welche zu Land durch Kalabrien ging, blieb im Schnee stecken, und wurde überdies durch starke und anhaltende Regen in ihrem Marsche aufgehalten. Heute kam das zweite Schweizerregiment von Capua hier an, und wurde alsbald eingeschifft. Der ganze Küstengürtel von Sizilien wird besetzt, die Wachen überall verdoppelt und verdreifacht; um einen auswärtigen oder einen einheimischen Feind zu bekämpfen? Hier fragt sich Jedermann, was dieses Alles zu bedeuten habe. Die ungereimtesten Gerüchte sind in Umlauf, und verbreiten allenthalben lebhaftest Besorgnisse über die nächste Zukunft. — Es wurden viele Pferde aus dem königl. Leibstall und auch einige Genarmiercorps eingeschifft, woraus zu schließen ist, daß Sr. Maj. selbst nach Sizilien zu gehen beabsichtigt. Man sagt sogar, daß die Königin ihn dahin begleite. In den Kabinetten des österreichischen und des englischen Botschafters herrscht große Regsamkeit. — Man will wissen, daß Oesterreich die dringendsten Schritte gethan habe, den König zu bewegen, die Sache nicht auf's Aeußerste kommen zu lassen, und England auf gutlichem Wege vermittelt eines, wenn auch großen Opfers, zu befriedigen. (A. 3.)

Oesterreichische Monarchie.

Ungarn. Wien, 5. April. Der Reichstag von Ungarn hat endlich die königliche Proposition hinsichtlich der Rekrutenstellung erledigt, und die Annahme von 38,000 Mann bewilligt. Man wird unverzüglich dazu schreiten, da die Auflösung der Landwehrbataillone, die jetzt in der ganzen Monarchie im Werke ist, eine Vermehrung der Linienmannschaft wünschenswerth macht. (A. 3.)

Preussische Monarchie.

Posen, 1. April. In diesen Tagen ist von der katholischen Bürgerschaft Posen eine neue Deputation, an deren Spitze der Kaufmann Sypniewski steht, an den König abgegangen, um nochmals die Bitte um baldige Rücksendung des Erzbischofs allerhöchsten Orts auszusprechen. Die Bürgerschaft soll schon hier nicht ohne Hoffnung gelassen worden seyn, daß ihre diesmalige Verwendung Erfolg haben werde. (L. A. 3.)

Portugal.

* London, 6. April. Man hat neue Nachrichten aus Lissabon bis zum

gegenüberstehenden, der Bestechung. Sie prüfen mit geübtem Auge, wie viel sie daran wagen, wie hoch der Gewinn ist, den sie zu hoffen haben, wenn Alles gut ausschlägt, und mit welchem Proste sie sich jedenfalls aus der Schlinge ziehen können, wie auch immer die Würfel fallen mögen. Frankreich ist für sie die Börse, dieser schauerhafte Sündentempel, in dem sie täglich im Kleinen versuchen, was sie einst als große Agioteurs an ihrem Vaterlande und seinen 34 Millionen Einwohnern vollbringen wollen. Ist die Berechnung zu Ende, so wird der Schluß gemacht, und der heißt — Temporisiren oder Durchführen — Aufgeben heißt er nie, dazu ist die Berechnung zu systematisch und der Erfolg zu gewiß. (S. f.)

Jahren der Redaktion der „Frankf. Ober-Post-Amts-Zeitung“ vorgehanden hat, war vor einigen Monaten durch Krankheit genöthigt worden, dieselbe niederzulegen, soll sich aber wieder in so weit hergestellt sehen, daß er demnächst die gewohnten Arbeiten wieder zu übernehmen im Stande seyn wird. — Das Museum hat seine Sitzungen für diesen Winter geschlossen, nachdem es durch ein reichhaltiges und im Ganzen gutgewähltes Repertoire seinem gegenwärtigen Zwecke, dem gebildeten Publikum genuehreich, durch musikalische und dekorative Produktionen verschönerte Abende zu bereiten, entprochen. — Unter Theaterinstitut wirkt unter der jetzigen Direktion, welche es an Fleiß und Thätigkeit nicht fehlen läßt, mit günstigem Erfolg. Wird auch nicht immer der strengsten Kritik vollkommen Genüge geleistet, so muß man in billige Berücksichtigung ziehen, mit wie vielen Schwierigkeiten aller Art eine Bühnendirektion zu kämpfen hat und wie die Anforderungen des Publikums immer größer werden. Ohne die Stellung unseres Theaters überschätzen zu wollen, dürfen wir sie doch, wie sie gegenwärtig ist, als eine ehrenwerthe, manches Ausgezeichnete leistende und nach dem Besten strebende bezeichnen. Noch immer gastirt der Tenorist Wild, und wenn auch seine Stimme nicht mehr in den Jahren ihrer Kraft und Frische steht, so weiß doch dieser vortreffliche Gesangskünstler durch wahrhaft dramatischen Vortrag und durch vorzügliche Schule diesen Mangel weniger spürbar zu machen und wird von unserem Publikum immer gerne gesehen. Auch Hr. Moriz, Regisseur der stuttgarter Hofbühne, hat sich durch eine Reihe von Gastrollen als einen bedeutenden Bühnen-darsteller bewährt. Sein Spiel ist nicht sowohl durch Wärme des Kolorits, als vielmehr durch Richtigkeit und Bestimmtheit der Zeichnung charakterisirt; er wirkt weniger durch große Effekte und mehr durch geistvolle und seine Schattirung. Hr. Moriz gehört der Seydelmann'schen Schule an und interessiert gleich Seydelmann mehr durch das Objektive als durch das Subjektive seiner Kunst. Von unserem Publikum und besonders von dem höher gebildeten Theile desselben ist er beifällig aufgenommen und von der Theaterdirektion für einen zweiten Gastrollenzug engagirt worden welchen er nach seiner Rückkehr aus Weimar eröffnen wird, bei welcher Veranlassung aus Gussow's neues Drama „Werner“ zur ersten Aufführung kommen soll. — Am 31. März fand die Vermählung eines Sohnes des verewigten M. v. Bethmann und einer Fräulein Heyber in der St. Paulskirche statt. Der Andrang von Schaulustigen war so groß und so tumultuarisch, daß dadurch die kirchliche Feier wahrhaft entwürdigt wurde. Hr. Alexander v. Bethmann hat mit seiner jungen Gattin, eine der ersten Schönheiten unserer Stadt, bereits die Reise nach seinen Gütern in Böhmen, wo er den größten Theil des Jahres zubringen wird, angetreten.

30. v. M., von denen das einzig Wichtige ist, daß die noch, wiewohl noch nicht beendigten, allgemeinen Wahlen für die Cortes, so weit sie bis jetzt bekannt sind, sich günstig für das Ministerium herausstellen, dem bereits, trotz der für die Regierung so bedenklich erschienenen Koalition der Mignelisten und Septembristen [Absolutisten und Radikale], eine beträchtliche Majorität gesichert ist: die gemäßigtere Partei ist voll Freude, da sie nun die Fortdauer ihrer Macht als gewiß ansieht.

Rußland und Polen.

Galacz, 23. März. Aus Theodosia erfährt man, daß der in Kertsch kommandirende russische General Kawesky sich plötzlich auf einem russischen Dampfboot daselbst eingeschiff habe, um nach der tscherkessischen Küste abzugehen. Es sind nämlich wiederholte Meldungen von den wiedereröffneten Kriegsoperationen der Tscherkessen gegen die Russen eingegangen, und von bedeutenden Nachtheilen, welche die letztern erlitten haben sollen. Unweit der Mündung des Flüsschens Tuabs hatten die Russen im Sommer des verwichenen Jahrs ein Fort angelegt und mit großer Sorgfalt ausgerüstet. Die Stämme der Abych und Schapfugen, die sich durch jenes Fort sehr bedroht glaubten, machten in den letzten Tagen des Februars oder Anfangs März einen Angriff auf diesen Punkt, und es gelang ihnen, die Besatzung zu überrumpeln. Mit großer Kühnheit erstiegen sie auf Handleitern die Wälle und bemächtigten sich des Forts. Die aus mehreren hundert Mann zusammengesetzte Besatzung mußte über die Klänge springen, alle Befestigungen wurden zerstört, worauf sich die Tscherkessen in die Gebirge zurückzogen. Eine ziemliche Menge Kriegsmunition und 13 Stück Artillerie, so wie sämtliche Waffen der erschlagenen russischen Soldaten waren die Trophäen, mit denen sie in ihre Dörfer zurückkehrten. Ein gleichzeitiger Angriff, den dieselben auf Tuabs, ein anderes russisches Fort am Flusse selbst, unternahmen, mißlang gänzlich; nach zwei vergeblichen Angriffen mußten sich die Tscherkessen mit blutigen Köpfen zurückziehen. (M. 3.)

Schw e i z.

Leslin. Dem „Republicano“ vom 3. April nach zu urtheilen, genießt das Land wieder einiger Ruhe. Der Staatsrath bearbeitet emsig eine Reihe Gesetzentwürfe, die der nächsten Sitzung des großen Raths vorgelegt werden sollen, mehrere Wünsche, deren Erfüllung schon in der Verfassung von 1830 versprochen worden, sollen in Betracht gezogen, unbedeutenderen Mängeln abgeholfen, Straßen verbessert, neue angelegt werden, namentlich eine in dem fürchterlichen Bergschlund des Thales Bergasca, dessen Bewohner, eine Art Halbwild, bei allen Revolutionen eine Rolle gespielt, und die man so zu gewinnen hofft. Die militärische Besetzung von Minusco hat nach 5 Tagen aufgehört, und an der Gränze soll es im Einverständnis mit der lombardischen Gendarmerie gelungen seyn, des Mörders des Karabinier Fortini (am 22. Sept. v. J.) habhaft zu werden, und ihn den Gerichten zu überliefern. Der Mörder des Ghiesi und Del Maestro sey flüchtig geworden.

Wallis. Sitten, 4. April. Die Unterwalliser sind heute in Vispach eingerückt und werden morgen nach Briel marschiren, glücklicherweise ist bis jetzt noch wenig Blut vergossen worden, und es ist zu hoffen, daß beide Parteien sich vereinigen werden. (Bl. 3.)

Zürich. Durch Kreis Schreiben vom 8. April meldet der Vorort den Ständen, daß er in Folge der neuesten Nachrichten aus Wallis die an verschiedene Kantone ergangene Aufforderung, Truppen zur Verfügung des eidgenössischen Repräsentanten zu stellen, zurückgezogen habe, und zieht auch die erfolgte Einberufung der Tagung wieder zurück. Beigelegt sind ein Bericht des Hrn. v. Meyenburg, d. d. Lausanne 6. April und einer von Hrn. Monnard d. d. Sitten 6. April. Letzterer meldet, der Präsident des Staatsrathes von Sitten habe ihm eröffnet, die Unterwalliser seyen nicht weiter vorgeückt als Tourtemagne, wo sie die Nacht vom 4. auf den 5. d. zubrachten. Das eine Bataillon dieser Kolonne sey aber bereits wieder in Sitten zurück, das andere Bataillon (Joris) sey in Siders, werde aber sofort entlassen werden. Eine andere Kolonne von circa 1000 Mann sey im Thale Herens, werde aber unverzüglich zurückberufen werden. Die Konferenz der Oberwalliser mit einer Delegation des Staatsrathes von Sitten sollte am 6. d. stattfinden. Es seyen keine Erzeffe begangen worden, und Erbitterung zwischen beiden Theilen bestehe nicht, vielmehr hätten sich nach dem Kampfe die Soldaten beider Theile brüderlich die Hand geboten. Die Jeynen Siders und Ronon hätten die Verfassung vom 3. August angenommen. Hr. Joris hatte die Jeynen von Oberwallis zur Anerkennung dieser Verfassung aufgefordert, Hr. Barman verwies ihm das, und Joris nahm die Aufforderung zurück. Als dann die Deputirten von Ronon ihre Anerkennung erklärten, erwiderte Hr. Barman, er nehme sie so nicht an, sie müsse durchaus frei und ungewungen seyn, worauf die Abgeordneten versicherten, sie als solche auszusprechen zu wollen.

Spanien.

*r. Madrid, 1. April. Gestern war Sitzung in der Deputirtenkammer, es wurde über den Vorschlag, der Regierung zu gestatten, über die Wirksamkeit der Stadträthe einen Gesetzentwurf einzubringen, referirt. An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Debatten über die Adresse; man kam bis zum §. 10. Gestern trat die Budgetkommission zusammen; dem Finanzminister gelang es keineswegs, genügende Erklärungen zu geben. Auch ist immer noch von seiner Entlassung die Rede. Sprog. stehen zu 28 3/4.

*r. Santa Olea, 30. März. Das Hauptquartier ist immer zu Castellote; die 3te Division liegt hier und zu Las Cuevas. Zubano ist zu Gjulve und die 1ste und 2te Division sind zu Castellote und der Umgegend. Cabrera ist zu Mora kränker als je, denn nachdem es mit ihm auf Besserung gegangen, hat er nun einen neuen Anfall gehabt. Die Feinde führen das Geschütz von Cantavieja nach Morella, so wie den aufgespeicherten Lebensmittelvorrath, so daß vermuthlich dieser Punkt aufgegeben werden wird. Die Hauptstreitkräfte der Carlisten sind zwischen Junita und Villarluengo aufgestellt. Der lange bestandene Einklang zwischen den Anführern der Carlisten hat aufgehört.

Türkei und Aegypten.

* Paris, 8. April. In Bezug auf die angeblich durch Juden vollführte Ermordung des Franziskanerpaters Tomaso zu Damaskus, welche so viele Blätter (auch deutsche) böshaft oder unüberlegt genug, ohne auch nur ein Wort des Zweifels als eine bereits erwiesene oder festbestätigte Thatfache nach erzählt und verbreitet haben, bemerkt heute neuerdings „Salignani's Messenger“, anerkannt ein Muster politischer und religiöser Unbesonnenheit u. Toleranz: Wir finden im „Sud“ von Marseille ein Schreiben von Hrn. Cohen, Großrabbiner des dortigen israelitischen Konsistoriums, in welchem dieser sich feierlich dagegen verwahrt, daß den durch die Tortur von den unglücklichen Juden in Damaskus erpreßten Schandbegründnissen irgend einiger Glauben beigegeben werden könne. Wir sind gewiß, daß alle von Vorurtheilen nicht Befangene bei

der Lesung jener Mährre von den Schenlichkeiten, die man den Juden aufbürdet, zu einem und demselben Schlusse gekommen seyn werden. Wir leben im neunzehnten Jahrhundert. Wir lesen eben über diesen Gegenstand ein an die „Gazette des Tribunaux“ gerichtetes, ganz vortreffliches Schreiben von Hrn. Crémieux, dem hochausgezeichneten pariser Advokaten (selbst ein Israelit), in welchem er nicht allein gegen das Widersinnige jener Anklage sich verwehrend erhebt, sondern auch deren Folgewidrigkeiten mit dem Scharfsinne eines Rechtsmannes ausdeutet, und geschichtliche Beispiele — insbesondere ein Schreiben des Rabbiner Manasse an Oliver Cromwell — anführt, um zu zeigen, wie oft schon die selbstnämliche Geschichte als Entschuldigung für Erpressungen gegen seine unglücklichen Glaubensgenossen hat herhalten müssen. Er äußert seine gerechte Verwunderung, daß, mit Ausnahme der „Gazette des Tribunaux“, nicht eines der pariser Blätter, während sie die Erzählung wiederholt, aufgetreten sey, um sich laut gegen ihre Unmöglichkeit auszusprechen. [Da ist nichts zu verwundern: je unwahrscheinlicher, ja sichtlich erlogener eine Notiz ist, desto willkommener ist sie, vorausgesetzt, daß sie ja recht „schauerlich“, recht „neu“ sich darstellt; so will's der Zeitungselephel, und den Willen thun ihm auch die zahlreichen Zeitungsschreiber in Frankreich wie in Deutschland, welchen nicht Wahrheit, sondern nur die tagtägliche Stillung des krankhaften Gelüsts ihrer Leser nach Neuigkeiten, selbst der werthlosesten und handgreiflich erfundensten, Streben und Ziel ist. Red. d. Karlsr. Ztg.]

Konstantinopel, 19. März. Auf die Rede des Sultans an die große Rathsversammlung, Hattü Humayun, Thronrede genannt, haben die Räte der Pforte, ganz in der Art von Antwortsadressen in konstitutionellen Kammern, eine Antwort an Se. H. überreicht, worauf der Sultan wieder entgegnete. Am Schlusse dieser Entgegnung heißt es: „Was die sehr wichtige Frage über die Rekrutierung und die Dauer des Militärdienstes betrifft, so hoffen Wir von der göttlichen Gnade, daß es gelingen wird, ein den Vortheil Aller versöhnendes System zu erfinden. Hinfort ist Unser kaiserl. Wille, Uns feierlich zu Anfang eines jeden Jahres in Eure Mitte, in die große Rathsversammlung, zu begeben, um Euch unsere allerhöchste Zufriedenheit zu bezeugen über das Gute, das vollführt ist, auch die Maßregeln, die Wir Euch vorzuschlagen gedenken, anzufündigen.“ — Die Finanznöthen der Regierung beginnen zu schwinden. Fünfzehn Mill., die zur Bezahlung des Seraskierat und der Saim gebient hatten, sind dem Schatz heimgefallen. Die Errichtung einer Nationalbank ist beschlossen; die Sarefs (armenischen Bankiers) sind die Unternehmer. Die Regierung wird für Einhaltung der Statuten sorgen, für welche wahrscheinlich die der englischen Bank zum Muster dienen werden. (S. M.)

Alexandrien, 22. März. Die Pest, wenn es Pest ist, geht besser; man beginnt zu glauben, daß dieses Jahr hinsichtlich jener Krankheit viel Uebel-treibung stattgefunden, welcher die Politik nicht ganz fremd seyn soll; es stirbt beinahe Niemand mehr, ohne daß die Pestärzte es für Pest erklärten. Noch kann man der Sache nicht recht auf den Grund kommen. Einige im Frankens-quartier stattgehabte Pestfälle, zum wenigsten von den Ärzten der Quarantäne dafür ausgegeben, haben hier viel Lärm gemacht, da man die Angaben nicht bewährt fand! — Man schreibt aus Syrien, daß Scheriff Pascha bei einem Angriff auf die Bergbewohner des Horan 400 Mann verloren habe. Er wollte die Bewohner zwingen, einige Dörfer, wo sich die Pest erklärt hatte, zu umzingeln; da sie sich widersetzen, ließ er sie angreifen, und wurde zurückgeschlagen. Die Bewohner des Horan sollen ein Bündniß unter sich gemacht und beschlossen haben, sich jeder in ihre Rechte eingreifenden Maßregel Ibrahim Paschas mit Gewalt zu widersetzen. Jeder muß je nach seinen Mitteln von 15 bis 50 Piafter türkisch zum Einkauf von Waffen und Munition beitragen. In einigen Tagen erwartet man das Paketboot von Beyrut, welches uns weitere Berichte bringen wird. — Gestern Abend kam ein englisches Dampfboot von Bursa hier an, man sagt, um die ostindischen Briefe für die Eskadre zu holen, wahrscheinlich aber, um zu sehen, was hier vorgeht. Die Offiziere dieses Dampfbootes stiegen an's Land, ohne sich an die Vorstellungen der Sanitäts-wachen zu kehren, auch ohne ihren Gesundheitspaß vorzuzeigen. Es muß wohl endlich zwischen dem Pascha und den Konsuln der Quarantäneanstalt wegen zum offenen Kriege kommen; man behandelt den Pascha mit wenig Schonung. (M. 3.)

Amerika.

Vereinigte Staaten. Newyork, 19. März. In Florida wurde kürzlich Lieutenant Whitten bei Oella von den (in Fehde mit den Pankees begriffenen) Indianern getödtet, nachdem seine Untergebenen ihn im Stiche gelassen hatten. Major Daily mit den Bluthunden ist jetzt in Verfolgung der s. g. „Wilden“ begriffen.

Newyork, 17. Febr. Wir erwarten jetzt aus Europa unsern gelehrten Mitbürger Hrn. Cogswell zurück, der, nachdem Ihr Landsmann, der reiche Astor, 400,000 Doll. angewiesen hat, hier ein großes Bibliothekgebäude zu erbauen und zu füllen, dorthin gegangen war, um die besten Gebäude dieser Art zu besichtigen und Vorbereitungen zum Bücherankauf zu treffen. Wahrlich, unser Land bedarf einer solchen Sammlung, da keine von allen Bibliotheken mehr als 40,000 Bände zählt.

Südamerika. Nordamerikanische Blätter schreiben aus Lima vom 10. Jan.: Der peruanische Kongreß hat eine neue Verfassung angenommen, welche von dem unter den Schutze der chilenischen Truppen eingeseßten Präsidenten, Gamara, selbst auf den öffentlichen Plätzen den Bürgern Lima's verkündet wurde. Die Verkündigung wurde kühl aufgenommen — wenige Wivats, keine Freudenbezeugungen, keine Sonette. Die chilenischen Truppen sind bis auf den letzten Mann heimgekehrt. Die neue Regierung von Peru hat sich geweigert, den nordamerikanischen Geschäftsträger, Hrn. Piddett, anzunehmen und den Vertrag anzuerkennen, der unter Santa Cruz bereits ratifizirt worden war, wogegen ein unter denselben Umständen abgeschlossener Vertrag mit England in Kraft blieb.

— In Bolivia waren Unruhestörungen, von den Anhängern des vertriebenen Präsidenten Santa Cruz ausgehend, ausgebrochen. Santa Cruz selbst hatte sich in Guayaquil nach Bolivia eingeschifft.

Baden.

Freiburg, 8. April. Ein Unglücksfall, der sich gestern hier ereignete, und die fast wunderbar glückliche Rettung bilden heute in unserer Stadt das Tagesgespräch. In einem Garten ohnweit des breisacher Thores, in der Hirschgasse, wurde durch die Sträflinge seit mehreren Tagen ein Brunnen gegraben. In einer Tiefe von 26 Fuß erschien Wasser bis gegen 3 Fuß, weshalb man den Rost einlegte. Des andern Tages hatte das Wasser sich wieder verloren und nun grub man noch 3 Fuß unter den Rost, bis das Wasser wieder eintrat. Gestern um 6 Uhr Abends war beim Schlusse der Arbeit noch einer der Sträfl-

linge, ein Mann von 38 Jahren als Sichstetten, zuletzt unten; eben war er im Begriff, in den Simer zu steigen, um sich herausziehen zu lassen, als plötzlich von oben die Erde zu weichen begann und das Ganze zusammensank. Der unglückliche Sträfling war in der Tiefe lebendig begraben. Augenblicklich wurden Anstalten gemacht, den Verunglückten herauszugraben und die Arbeiten durch die hierzu beorderten, von Stunde zu Stunde sich ablösenden Sträflinge auch während der Nacht fortgesetzt. Gegen Mitternacht erst hörte man deutlich den Ruf: „Rettet mich, Brüder!“ Allein je tiefer man hinabkam, desto enger wurde der Raum, so daß immer nur eine Person unten arbeiten konnte. In einigen Stunden jedoch gelangte man so weit, daß man den Oberleib des Verunglückten frei hatte, und um 9 Uhr Morgens, nachdem er 15 Stunden in fortwährender Todesangst gewesen, konnte man ihn endlich nicht ohne Anstrengung herausziehen, nachdem man ihm schon vorher einige Stärkung gereicht hatte. Er hat dem Umstande die Rettung zu danken, daß, als das Erdreich über ihm zusammensank, er niedergeworfen und unter den Klotz gedrückt wurde, der so nebst den größeren Steinen, die wegen des sich verengenden Brunnens nicht niederfallen konnten, gleichsam ein Gewölbe über ihm bildeten. Angst und Schrecken, so wie die qualvolle Stellung und die Kälte bis an die Knie haben den sonst kräftigen Mann so erschöpft, daß er nun einer andauernden Erholung bedarf. Die Theilnahme für den Unglücklichen ist allgemein und man gibt sich der Hoffnung hin, die Behörden würden ihn der höchsten Gnade empfehlen, daß ihm der Rest seiner Strafzeit — 13 Monate — erlassen werde. (F. 3.)

* In den Gemeinden Ebnet (N. Bommorf) und Moos (N. Radolfszell) ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Hornvieh ausgebrochen. Um das Weitergreifen des Uebels zu verhindern, sind bereits die zweckdienlichsten Vorkehrungen von den betreffenden Bezirksämtern getroffen worden.

* Karlsruhe. 70ste öffentliche Sitzung der 2ten Kammer vom 10. April. Nach eröffneter Sitzung werden mehrere Petitionen übergeben, deren Betreff nachgetragen werden wird. Der Präsident gibt hierauf dem Abg. v. Ifflein das Wort, um seine in der Sitzung vom 3. d. M. angekündigte Frage an die hohe Regierung zu stellen, in Betreff des demaligen Standes der hannoverschen Verfassungsfrage. Der Abgeordnete v. Ifflein sprach sofort im Wesentlichen Folgendes: Auf's Neue bringe er heute einen für Hannover, wie für ganz Deutschland gleich wichtigen Gegenstand in dieser Kammer in Anregung. Seit dem 29. April vorigen Jahres, wo diese Sache in diesem Saale von ihm zur Sprache gebracht worden sey, habe der Stand der Sache sich wesentlich verändert; damals habe man noch die Hoffnung gehegt, daß durch den Bundestag diese Frage auf eine den Wünschen des hannoverschen Volkes entsprechende Weise werde entschieden werden. Seitdem solle nun unter dem 5. September ein Bundesbeschluß ergangen seyn, den man freilich nur durch Veröffentlichung der hannoverschen Regierung keine, des wesentlichen Inhalts, daß bei obwaltender Sachlage eine bundesgesetzlich begründete Veranlassung zur Einwirkung in diese innere Landesangelegenheit nicht bestehe, dagegen werde vertrauensvoll erwartet, daß Se. Majestät, der König von Hannover geneigt seyn werde, bald möglichst mit den demaligen Ständen über das Verfassungswerk eine den Rechten der Krone und der Stände entsprechende Vereinbarung zu treffen. Dieser Beschluß, man könne es sich nicht verbergen, habe den Erwartungen nicht entsprochen; auch habe er den Frieden nicht hergestellt, fortwährend sey Zerwürfniß in Hannover, das Vertrauen untergraben, die betrübendsten Vorgänge hätten sich gemehrt, der Rechtszustand Deutschlands sey fortwährend gefährdet. Jeder Freund des Rechts müsse diesen Zustand tief beklagen, und wünschen, daß der Streit auf friedliche Weise im Interesse des guten Rechts sich löse. Erfreulich sey es, daß unter den Regierungen, die am Bundestage für die Sache des Rechts sich erklärt hätten, auch unsere Regierung sey. Durch die Proklamation des hannoverschen Kabinetts bei Bekanntmachung jenes Bundesbeschlusses, zu der sie übrigens nicht berechtigt gewesen sey, habe aber die öffentliche Stimmung in und außer Hannover sich noch mehr verschlimmert, denn es sey diesem Beschlusse vom Kabinet in Hannover die Deutung gegeben worden, als ob die Verfassung von 1833 nun rechtlich aufgehoben, die von 1819 und die demaligen Stände als gesetzlich anerkannt seyen. Deshalb habe sich die öffentliche Stimme Deutschlands durch die Organe der versammelten Kammern in Braunschweig, Sachsen, Darmstadt abermals erhoben; ihnen schloße sich heute die bairische Kammer an, und werde auch ihrerseits der Interpretation des Bundesbeschlusses, wie sie das hannoversche Kabinet sich erlaubt, als einer rechtsverletzenden und den Rechtszustand aller konstitutionellen Länder Deutschlands gefährdenden entgegengetreten. Er stelle die Frage an die hohe Regierung, ob die erwähnte Interpretation des Bundesbeschlusses durch das hannoversche Kabinet in den Verhandlungen des Bundes ihre Begründung finde, u. ob von andern Regierungen Schritte geschehen seyen, um auf Herstellung der Verfassung von 1833, oder eine authentische Interpretation des fraglichen Bundesbeschlusses hinzuwirken? Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Blittersdorff: Die Frage, die so eben an ihn gerichtet worden sey, komme ihm nicht unerwartet, der Abgeordnete v. Ifflein habe sie selbst 8 Tage vorher angekündigt, und insofern sey er nicht unvorbereitet, sie zu beantworten. Auch dies Mal müsse er wiederholen, daß nach dem Standpunkt, den die Regierung in dieser Angelegenheit zu nehmen habe, sie der Kammer keine Einwirkung auf die Beschlüsse des Bundestags noch auf die ihrem dortigen Gesandten zu gebenden Instruktionen gestatten könne. Eben so wenig sey es ihm erlaubt, die dort gepflogenen Verhandlungen zu veröffentlichen, denn diese Verhandlungen seyen ein Gemeingut aller daran theilnehmenden Regierungen des deutschen Bundes, nicht ein Eigenthum des Großherzogs oder irgend eines einzelnen Regenten, worüber jeder nach Belieben verfügen könne. Der Abg. v. Ifflein habe Bezug genommen auf einen in einer Proklamation des Königs von Hannover bekannt gemachten Bundesbeschluß. Nachdem diese Bekanntmachung nun einmal von der zunächst dabei beteiligten hannoverschen Regierung erfolgt sey, so habe er — der Minister — keinen Grund, dessen Existenz in Abrede zu stellen. Er laute folgendermaßen: (Der Hr. Minister liest den Bundesbeschluß vor; sein Inhalt ist gleichlautend mit dem von der hannoverschen Regierung bekannt gemachten.) Der Sinn dieses Beschlusses sey klar; der Bund erkläre, daß er unter den obwaltenden Umständen nicht berechtigt sey, sich in die hannoversche Verfassungsfrage, als einer innern Angelegenheit des Landes, einzumischen; er enthalte ferner die Erwartung, daß der König von Hannover mit seinen demaligen Ständen sich über eine den Rechten der Krone und der Stände angemessene Verfassung vereinbaren werde. Die Kammer habe auch einen Beschluß des Bundestags provocirt; sie erkenne also seine Kompetenz an, ein Beschluß sey ergangen, sey zu formellem Recht geworden und habe verpflichtende Kraft. Durch diesen Be-

schluß sey festgestellt, daß es sich von einer innern Angelegenheit des Königreichs Hannover handle, in die sich zu mischen unter den obwaltenden Verhältnissen keine Veranlassung gegeben sey; daraus folge, daß weder die Regierung, noch weniger die Kammer sich berechtigt glauben könne, diese Einmischung für sich in Anspruch zu nehmen. Er könne sich daher nicht einlassen auf das Materielle der Diskussion, nicht Fragen beantworten, welche die Kompetenz der Kammer überschritten. Der Nachsatz jenes Bundesbeschlusses sey übrigens eine notwendige Folge des Vordertheses. Gelänge es dem König von Hannover, die innern Verfassungsverhältnisse zu ordnen, kehre das Vertrauen wieder, gewinnen die innern Verhältnisse Konsistenz, so könne dies nur erfreulich seyn; in dieses Bemühen störend einzugreifen, dürfe Niemand sich erlauben. Der Bund dürfe sich ohne die dringendste Veranlassung keine Einmischung in die innern Angelegenheiten eines Bundesstaats erlauben; die Kammer möge wohl bedenken, wie folgenreich eine Einmischung seyn würde, wie bedeutungsvoll für die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten. Nicht mit zu rascher Hand dürfe hier eingegriffen werden; die Kammer möge daher nicht erwarten, daß man bei obwaltender Sachlage weiter gehen werde; er hege das Vertrauen zu der Kammer daß sie in den fernern Diskussionen die Schranken der Mäßigung u. des Anstandes beobachte, jedes leidenschaftl. Mittel verschmähe u. nicht gewillt seyn werde, durch aufregende Worte neue Besorgnisse zu verbreiten u. die Gemüther zu erbittern. v. Ifflein: Weder die bairische Kammer, noch er, der Liebertreibungen nicht liebe, würden die Schranken des Anstandes vergessen; aber es gebe Wahrheiten, die stark seyen, so mäßig man sie auch ausdrücke. Vor allem müsse er jetzt, wie früher, der Behauptung widersprechen, daß die Kammer nicht kompetent sey, sich in diese Sache zu mischen, daß die Vorgänge in Hannover für uns, für das übrige Deutschland von keinem Gewicht seyen. Er wolle, dies zu widerlegen, nicht Früheres wiederholen. Bedeutungslos seyen allerdings jene Vorgänge für das ganze konstitutionelle Deutschland, denn ein böses Beispiel werde hier gegeben, dessen mögliche Wiederholung auch andere Völker besichtigen müßten. Ein Grund, in dieser Sache keine weiteren Schritte zu thun, habe einigen Schein, nämlich den, daß der König von Hannover ja den Entwurf einer neuen Verfassung seinen demaligen Ständen vorgelegt habe. Dieser Grund sey aber freilich nur ein scheinbarer, denn diese demaligen Stände seyen nicht diejenigen, die zur Ausübung politischer Funktionen berechtigt seyen. Wären Stände nach der Verfassung von 1833 da, und legte der König die seine Vorschläge und Anträge zur Berathung der Verfassung vor, welcher Art sie auch seyen, dann wäre in der That keine Veranlassung, keine Berechtigung für den Bund da, sich einzumischen. Aber die demaligen Stände seyen keine berechtigten, das hannoversche Volk in seiner überwiegenden Majorität protestire gegen sie, erkenne sie nicht an; eine auf solche Weise berufene, durch Minoritätswahlen geschaffene Kammer habe das öffentliche Vertrauen nicht, seye nicht geeignet, Friede und Ruhe herzustellen. Dies auszusprechen, sey Pflicht der Kammer, das Weitere der Weisheit des Bundes anheim zu stellen. (Fortsetzung folgt.)

Neueste Nachrichten.

* London, 7. April. Sir J. Graham (Tory) entwickelte und stellte heute im Unterhause angezeigtermaßen seine Motion wegen Chinas. Er gab eine kurzgefaßte Geschichte des Streits, geschöpft aus den dem Hause vorgelegten Staatschriften und Aktenstücken, und schilderte die inneren Quellen des Reichs, mit welchem die Minister, nach des Redners Behauptung, Großbritannien in einen eben so ungerechten als unpolitischen Krieg unbesonnen und jählings verwickelt hätten. Sir J. Graham deutete ausführlich auf die behutsamen und klugen Maaßregeln hin, welche frühere [tory'sche] Ministerien gegen China eingehalten hätten, um die Erwedung jener Eifersucht gegen Verbindungen mit Fremden zu vermeiden, welche einen so bemerkenswerthen Zug im chinesischen Volkscharakter ausmachen, und stellte sie in Gegenfah mit dem (ihm zufolge) unvorsichtigen u. unklugen Verfahren der jetzigen Staatsführung, von der „übelberathenen u. unglücklichen“ Sendung Lord Napier's an bis zum Ausbruch des Streits mit einer Macht, an welche doch jedes Motiv der Staatsklugheit und des Handelsinteresses das Land (England) knüpfen sollten, da ja nicht weniger als ein Sechstheil des ganzen Einkommens Englands und Indiens von den Beziehungen zu China abhängt. Der Redner schloß, nachdem er die dem Superintendenten vom Ministerium zugegangenen Verhaltensbefehle und andere mit der Sache in Verbindung stehende Aktenstücke vorgelesen und rügend kritisiert hatte, seinen Vortrag mit der Motion, deren Inhalt wir bereits unlangst gegeben haben, in welche der Geist seiner Rede zusammengefaßt war und erklärte, der gegenwärtige nachtheilvolle Stand der zwischen England u. China existirenden Verhältnisse sey einzig die Schuld der Unvorsichtigkeit und Nachlässigkeit der Minister, als welche ihrem Stellvertreter, dem brit. Oberintendanten des Handels in Canton, nicht die geeignete Instruktionen zur Unterdrückung des Opiumhandels zugesendet hätten. Hr. Macanlay [Mitglied des Kabinetts, Kriegsminister] erhob sich nun zur Vertheidigung der Politik der Regierung, welche er in einer langen, aber meisterhaften Rede als die richtigste geltend machte, und sprach das Vertrauen aus, daß das Haus einer so nicht zu rechtfertigenden Motion, wie die so eben bei ihm vorgebrachte, nicht beistimmen werde, verhoffend zugleich, daß der Streit, zu welchem England gezwungen worden sey, zur Ehre des Landes zu einem erfolgreichen Schluß werde gebracht werden. Nach ihm trat Sir W. Follett [Tory] als Redner und für Sir J. Graham's Motion auf, und sprach noch beim Postabgang. — Der ministerielle „Globe“ erklärt die letzte Angabe des tory'schen „Standard“ als sey ein Zerwürfniß zwischen der Königin und ihrem Premierminister wegen einer angeblich von letzterem beantragten, von der Königin nicht gutgeheißenen, Parlamentsauflösung entstanden, für eine bodenlose Erdichtung.

*r. Haag, 6. April. Den 23. d. M. wird sich die Kammer versammeln. Noch weiß man nicht, welche Antwort die Regierung auf die Bedenken der Sectionen geben wird, vermuthlich ist das Kabinet selbst noch in Ungewißheit über die zu nehmenden Beschlüsse. Manche sind der Meinung, daß vor der Hand Alles beim Alten bleiben werde, und die Regierung bloß Zeit zu gewinnen wünsche. Die votirten Geldvorschlüsse reichen übrigens bloß bis auf den 1. Juni.

*r. Paris, 9. April. Die Schweizerwirren haben die hier gewöhnlich herrschende Gleichgültigkeit gegen die ausländischen Zustände wieder etwas aufgeregt. Das Ministerium soll, heißt es, noch an 30 Mill. außerordentliche Kredite von den Kammern fordern. Den größten Theil dieser bedeutenden Summe würden die afrikanischen Feldzüge dahin nehmen, zu welchen bereits 20 Mill. auszugeben worden seyn sollen. Die Blokade von Buenos Ayres und der Ausbau verschiedener kon. Straßen oder Staatschauffeen würden den Rest verzehren.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von G. Macklot.